

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis: 1 M 50 P (ohne Postgebühren) für Celler-
land 2 M 50 P. Bei a. o. Postanstalten I. Postbezirk für 2 M 50 P.
Wingelnummer 10 91. — Redaktions-Exemplare: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Interate werden die 6 gelbte. Zeitungs-eb. berei. Raum mit 15 J.
Verl. mit 50 J. bis 1910. b. Wierba. Deuts. Raball.
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Wilsdruffer Straße 44. — Druckverlag J. G. 1906.

Unsere Postabonnenten bald zu erneuern,

werden gebeten, ihr Abonnement gefälligst damit in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Der Briefträger holt den Abonnementsbetrag in der Zeit bis zum 25. Dezember ab und erteilt darüber vollgültige Quittung. Sollte dies versehentlich unterbleiben, so genügt es, auf einen Zettel zu schreiben, daß man unsere Zeitung abonnieren will, und diesen mit dem Namen und der Wohnung des Bestellers versehenen Zettel unfrankiert in den nächsten Briefkasten zu werfen. Ein Gang aufs Postamt ist also nicht erforderlich.

Wie die Nebenregierungen in Wirklichkeit aussehen.

Von W. Craberger.

IV.

Die Nebenregierung der Nationalliberalen.

Die schlimmsten Pharisäer haben wir uns bis zum Schluß aufbewahrt; sie haben ob lauter Entrüstung über die Einmischung des Abgeordneten Noeren ihr schönstes nationales Kleid zerrissen und jammern und wehklagen, daß die Regierung so durch das „kautinische Joch“ gegangen sei. Die Herren haben sehr gute Anlage zum Theater spielen. Die Nebenregierung der Nationalliberalen braucht man erst gar nicht zu beweisen, sie tritt einem jeden Tag in ihrer Fracht entgegen und diese sind die vielen nat.-lib. Geheimräte. Wollten wir das ganze politische Gebiet unter die Lupe nehmen, so läßt sich sofort an einem der neuesten Gesetze des Reichstages nachweisen, wie seine Anführung ein nationalliberaler Führer förmlich erpreßt hat durch einen Brief an den Reichskanzler. Fürst Wilow wird dies nicht leugnen können; er mag sich nur daran erinnern, von wem er im Monat März solche Briefe erhalten hat. Borewit genügt uns diese Andeutung!

Wir beschränken uns auf die Kolonialverwaltung; aber hier wollen wir es außer Betracht lassen, wenn einzelne nationalliberale Abgeordnete sich ihres großen Einflusses in der Kolonialabteilung öffentlich rühmen; es könnte dies nämlich auch eitel Renommee und Aufschneidererei sein. Wir halten uns lieber an die Tatsache!

1. Der nationale Führer von Bennigsen ließ sich Anfangs der neunziger Jahre fast die Rüste wehen, um einen seiner Zuhörer unterzubringen, bis es in der Kolonialabteilung glückte. Reichskanzler Graf Caprivi flachte gegenüber einem Kiste in der Kolonialabteilung, daß Bennigsen ihm die Türe einlaufe. Dieser nationalliberale Schlingel ist seither immer mehr die Treppe hinaufgegangen; „Botschafter von St. Petersburg“ ist er freilich noch nicht.

2. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche schrieb am 27. Februar 1904 an den Kolonialbeamten Dr. Göb (der heute wegen Verletzung des § 353 a in Voruntersuchung steht) folgenden Brief: „Sehr verehrter Herr! Ihrem Wunsch gemäß habe ich heute an den Direktor des Kolonialamtes geschrieben und ihm Ihren Wunsch betreffend Veretzung in das Rechnungsamt empfehlend vorgetragen. In der Hoffnung, daß Sie den erwarteten Erfolg haben werden, verbleibe ich Ihr ergebener Dr. Paasche.“ Der Abgeordnete Noeren hat bekanntlich auf Veranlassung des Kolonialdirektors die Wünsche des Beamten Wistuba der Verwaltung übermittelt; wie sehr ist man deshalb über den Zentrumsabgeordneten hergefallen!

3. Der Gang Wassermanns zum Reichskanzler. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche sollte und wollte Unterstaatssekretär im neuen Reichskolonialamt werden; im Dezember 1905 war die Sache so gut wie fertig. Der nationalliberale Abgeordnete Held hat es im „Tag“ uns erzählt. Aber nachher schien die Sache nicht recht zu klappen; die Nationalliberalen befürchteten, daß Erbprinz Hohenzollern den Abgeordneten Paasche nicht neben sich dulden wolle! Da setzte Wassermann seinen Zylinderhut auf und ging zum Reichskanzler; was er verhandelt hat, wissen wir nicht; aber der mehrfach genannte nationalliberale Abgeordnete Held hat so viel angedeutet, daß nicht gar alles nach Wunsch gegangen ist; man hat unter dem Druck der 50 Stimmen wohl eine halbe Zusage erhalten, aber die Liberalen forderten schon damals, wie jetzt das „Verl. Tagebl.“, „Garantien“, die der Reichskanzler nicht gegeben hat. Sonderbar! Bei der entscheidenden namentlichen Abstimmung über das Reichskolonialamt fehlten plötzlich eine Anzahl Nationalliberaler, während die Presse derselben die Entscheidung hierüber zu einer Staatsaktion aufgebauscht hat! In den Reihen der Zentrumsabgeordneten, die

neben den Nationalliberalen saßen, ist es auch aufgefallen, daß diese sich immer so eifrig danach erkundigten, ob denn „die Bayern“ noch nicht kommen! Die Zentrumsbayern sollten nämlich das Reichskolonialamt ablehnen, weil die Nationalliberalen ihren Paasche nicht ins Amt brachten! So war die Spekulation der nationalliberalen Nebenregierung, deren Geschichte in diesem Abschnitt auch einstens zu schreiben sein wird! Essentlich enttäuscht man sich, daß das Zentrum das Reichskolonialamt aus rein sachlichen Gründen ablehnt und unter der Hand stellt man die bange Frage, „ob denn die Bayern noch nicht“ kämen!

4. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler hat sich in der Nebenregierung sehr oft und sehr wenig glücklich verhalten. Der Aufdeckung der Kolonialmissstände suchte er stets entgegenzuarbeiten; in der Budgetkommission trat er den Zentrumsabgeordneten, die Beschwerden vorbrachten, immer wieder entgegen. Freilich braucht das nicht zu wundern bei einem Manne, der in seinem Buche „Togo und Kamerun“ (Seite 41) schreibt: „Mir persönlich gefällt ein Mann, der, wie dieser, nachts 2 Uhr nach einem Tage voller Anstrengungen, die unter Besuch ihm brachte, noch einem Wahl und nach einer sogenannten „schweren“ Sitzung noch so glänzend die Kolonie und ihre Verhältnisse zu schildern vermag, mit so durchdringendem Blick auch die Schwächen der Verwaltung erkennt und sie so freimütig darlegt, wie Herr von Puttkamer es mir gegenüber in nächstlicher Stille getan hat. Charakteristisch erscheint mir für immer die Antwort, die er auf die Frage eines der Unterfragen gab, was er uns sehen lassen wollte. Sie lautete: „Die Wahrheit, nur die Wahrheit! Und diese Zusicherung hat der Gouverneur uns gegenüber in geradezu glänzender Weise wahr gemacht. Nur ihn haben wir es zu verdanken, daß wir in der kurzen Zeit sehen und beobachten konnten, wozu zu bliden Privatfreunden überhaupt nicht, aber auch gut geführten Leuten nur in viel längerer Zeit beiseite sein kann.“

Bekannt ist sein Versuch vom Ende Mai 1906, wo er den Kolonialdirektor ansuchte, um auf diesen einen Truf auszuüben, in der Frage der Zurückziehung der Truppen; er hat es ja mit tödlicher Naivität im Reichstage selbst erzählt. Wenn ein Zentrumsabgeordneter mit solchen Geschichten gekommen wäre, wollten wir den Lärm gehört haben! Im November und Dezember 1906 setzte aber Abgeordneter Dr. Semler diese Nebenregierung fort; wenn er in der Kommission über im Plenum sprach, so fiel auf allen Seiten im Reichstage das Wort, man glaube, einen Adjunkten von Oberst von Deinling zu hören! Eine solche Nebenregierung löst sich die Kolonialverwaltung wohl gern gefallen!

Wenn wir uns vorerst mit diesen knappen Schilderungen begnügen, so ist es nicht deshalb, weil nun schon alles angeführt wäre. Der Öffentlichkeit werden ja immer nur wenige Dinge bekannt, aber was wir mitgeteilt haben, genügt vollst. Von all diesen Dingen hätte die Regierung im Reichstage nicht geredet; deshalb haben wir das zusammengefaßt, was der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Man merke sich diese Vorkommnisse alleamt für die Wahlbewegung, um den Feindern, die über das kautinische Joch des Zentrums sich auslassen, das wegen eines Subalternebeamten vernichtet werden soll, nur zu entgegen, wie sie es treiben, und zwar ohne Aufforderung der Regierung!

Politische Mundschau.

Dresden, den 21. Dezember 1906.

Graf Palkeström, der bisherige Reichstagspräsident, hatte auf Repräsentationsgelder als Reichstagspräsident verzichtet. Dies wird jetzt anders werden. Im Etat für den Reichstag für 1907, der noch nicht mit übrigen Etats vorgelegt hat, soll eine bestimmte Summe eingesetzt werden, die an den Präsidenten des Reichstages für Repräsentationszwecke zahlbar ist. Ein Verzicht soll unnötig sein.

— Vertrauliche Unterredungen. Unsere kürzliche Notiz hat sehr stark eingeladen; wir haben besonders betont, daß die Zentrumsabgeordneten auch viel plaudern könnten, wenn sie wollten, und daß dieses Reden den leitenden Staatsmännern sehr unangenehm werden könnte. Die Anti-Zentrumsblätter sind darüber entsetzt! Gut! Jetzt leben sie, welchen Schaden ihr Liebling Ternburg angerichtet hat, als er aus einer vertraulichen Unterredung Schriftstücke und Aufzeichnungen publiziert. Aber die Zentrumsabgeordneten reden nicht; sie halten das Vertrauen anrecht und mißbrauchen nicht solche Unterredungen zu politischen Zwecken.

— Die Reichspartei hat nun ebenfalls einen Wahlausruf erlassen. Der Inhalt ist: „Wider den Umsturz! Wider die Zentrumshegemonie!“ Ob in der Praxis nicht schließlich bloß der letzte Teil Geltung behalten wird? Von den Liberalen ist es von vornherein nicht zweifelhaft, daß sie den Sozialdemokraten gegen das Zentrum beistehen werden. Insbesondere die Nationalliberalen, die das Faktieren mit den Genossen längst gewöhnt sind, werden ihre „nationalen“ Redensarten bei Seite lassen und die Vereitigung der Zentrumshegemonie für die Hauptaufgabe erklären, auch auf die Gefahr hin, daß die Sozialdemokraten so stark werden, wie bisher das Zentrum war.

— Das Zentrum ist schon tüchtig in die Wahlarbeit eingetreten; eine Reihe seiner Abgeordneten sind wieder aufgestellt worden. Bemerkenswert ist die Rede, die Landmann

Dr. Schädler vor seiner Aufstellung in Bamberg hielt; darin heißt es: „Wird es gelingen, das Zentrum auszuscheiden?“ Die Antwort werden geben die stürmerprobten Zentrumswähler am 25. Januar 1907, und so hoch ist den Tag hätte, den 25. Januar als Tag der Pauli Befreiung, ich glaube, das Zentrum wird sich nicht befehren, wohl aber könnte der Tag anderweitig von Bedeutung sein, denn am 25. Januar war es auch, als Kaiser Heinrich IV. seine dreitägige Fußfahung am Schloßhof von Kanossa antrat. Ob nicht vielleicht auch „Bernhard der Große“ und „Ternburg der Kleine“ nach Kanossa gehen? (Vergangenhaltende Prosodie.) Meine Herren! Wir haben schon andere Stürme überstanden unter einem eisernen Kanzler und mit anderen Mitteln. Die Reichstagsauflösung ist ausgegangen von Wilsdruffer, aber wir bilden uns nicht! — In einer Zentrumsversammlung in Köln führte der Abgeordnete Trimborn eine überaus unverfälschte Sprache, indem er erklärte: „Wir werden den Herren dort oben zeigen, daß wir auch den Wahlkampf führen können in der Luft der Harfen Opposition. Wir haben als Partei auch eine Ehre und diese werden wir zu verteidigen wissen und der Erbitterung, in die man uns versetzt, geeigneten Ausdruck geben.“ So wie diese beiden verdienten Abgeordneten denken Tausende von Zentrumswählern und wo wir noch hinkommen, war die Begeisterung eine sehr große! Unsere Wahlparole ist eben sehr prägnant und die Haltung der Fraktion unantastbar.

Auf die katholische Landbevölkerung hoffen die Konserverativen; ihr Organ, die „Kreuzzeitung“, meint: „Hoffentlich macht sie bei der Auswahl ihrer Kandidaten diesen ihren Standpunkt energisch genug geltend. Wir meinen, daß die Konserverativen überall da, wo sie zwischen einem liberalen und einem Zentrumskandidaten zu wählen haben, die zu Wählenden über ihre Stellung in watsländischen, namentlich auch in kolonialen Angelegenheiten befragen und sich wesentlich hierdurch bestimmen lassen sollten. Der Unterschied zwischen den sächsischen und den rheinischen Zentrumsleuten zum Beispiel ist sehr groß; dort überwiegt die Konserverative, hier die demokratische Richtung, und die letztere ist im Reichstage mehr als im Landtage zur Herrschaft gelangt. Man wird also nur von Fall zu Fall entscheiden können, wenn sich die konserverativen Stimmen zuwenden sollen.“ Diese Spekulation ist eine verkehrte. Gerade die Landbevölkerung steht hier geschlossen hinter dem Zentrum. Sie will keine unerföle Kolonialpolitik; sie fordert Sparzamkeit. Die Rechnung auf die Uneinigkeit in den eigenen Reihen schlägt fehl.

Die liberalen „Garantien“. Noch ist der entsetzliche „Mißbrauch“ des Zentrums nicht vom Vusen des Reichskanzlers genommen und schon setzt sich ein anderer auf die Regierung, aber der drückt fester; es ist der Liberalismus, der schon vor der Arbeit seinen Lohn fordert. Vor wenigen Tagen hat ein freisinniges Blatt gefordert, daß jetzt Kultusminister Dr. Studt gequert werden müsse, um den liberalen Wählern wenigstens eine kleine „Garantie“ zu bieten. Man sei in Regierungskreisen, da man die Konserverativen schonen möchte, gegen jede Konzeption in der Reichsnotfrage, aber in dieser Personentrage müsse man den liberalen Wünschen entgegenkommen. Nachdem nun eine Korrespondenz den Rücktritt des Herrn von Studt direkt als bevorstehend angekündigt, bringt die „Deutsche Tageszeitung“ mit allerhand charakteristischen Randbemerkungen ein feierliches Dokument. Das Agrarierorgan schreibt: „Wie wir erfahren, hat jetzt ein Abchiedsbesuch von ihm (Herrn von Studt) statt vor. Es ist auch unwahrscheinlich, daß er vor dem Zusammentritt des Landtages aus seinem Amte scheiden werde. Wir würden das Auscheiden gerade jetzt für sehr bedenklich halten, weil von liberaler Seite die Entlassung des Ministers im Sinne auf die bevorstehenden Reichstagswahlen kategorisch gefordert wurde. Die Bewilligung dieser Forderung würde als ein Verweis der Schwäche der Regierung und ihrer Sinnlosigkeit zum Liberalismus angesehen werden können und deshalb wie gesagt, recht bedenklich sein.“ In dem Verbleiben Studts sieht das freisinnige Blatt nur den Beweis dafür, daß die Regierung es mit dem ganzen Kampfe gegen das Zentrum sehr wenig ernst meint und daß sie nicht den liberalen Geist, sondern nur einige unangenehme liberale Parlamentarier zu entwaffnen strebt.

— Liberalismus und Regierung. Es muß in unseren Kreisen bekannt werden, daß die „Süddeutsche Reichsform.“ eine zweifelhafte offizielle Berliner Auslassung bringt, in der es heißt: „Der Liberalismus kämpft diesmal unter Umständen, wo, um nicht mehr zu sagen, die Regierung auf jede antiliberalen Beeinflussung der Wählerkraft verzichtet. Die Regierung hat ein autridisches eigenes Interesse an der Erhaltung des bürgerlichen Liberalismus im Reichstage.“ Na, na! Das Liebespaar kommt sich nicht mehr vor Bonnel! Nun aber rufen auch bereits die Liberalen des Kreises Jülich den Reichskanzler; sie haben ihm folgendes Telegramm geschickt: „Reichskanzleramt Berlin. Wenn die Behinderung der Wahlarbeit durch Säuberung für Kandidatur Professor von List-Charlottenburg durch Amtsvorsteher, Ortsvorsteher, Gendarmen — wie geschehen bei Trucher-Teitersdorf, Eckert-Koslar, Betke-Flumberg (Kreis Krossen), Rippmann-Treibsen (Kreis Jülich) — nicht unterlag werden kann, ist bürgerliche Wahl unmöglich und nur Sozialdemokrat Vorwärts geleistet. Wir ersuchen gehorsamst, entsprechendes Verbot zu erlassen.“ Fehlt nur noch, daß der Reichskanzler selbst für die Säle sorgen soll. Der bescheidene Liberalismus!